

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. September 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche kam es zu militärischen Auseinandersetzungen in den Provinzen Kabul, Nangarhar, Baghlan, Kunduz, Zabul, Uruzgan, Maidan Wardak, Khost, Helmand, Ghazni, Kunar, Sar-i-Pul.

Am 15.09.14 wurde die Leiche des Gouverneurs des Distrikts Chamkani in der südöstlichen Provinz Paktia aufgefunden. Er war zuvor entführt worden. In der Grenzstadt Torkham in der östlichen Provinz Nangarhar gingen Dutzende von NATO-Tankwagen nach einem Selbstmordanschlag in Flammen auf. Im westlichen Herat wurde erneut ein US-Soldat bei einem sog. Insider-Angriff von einem afghanischen Soldaten getötet.

Am 16.09.14 starben mindestens drei ISAF-Soldaten bei einem Selbstmordanschlag in Kabul.

Am 17.09.14 starben mehrere Zivilisten bei Luftangriffen in Laghman (Osten) und Paktia (Südosten).

Am 18.09.14 wurde ein Kind bei der Explosion einer Mine in der nördlichen Provinz Faryab getötet. Drei weitere wurden verletzt.

Am 20.09.14 wurde ein hoher Geistlicher in Bagram (Provinz Parwan, Zentralafghanistan) bei einem Bombenanschlag verletzt. In der östlichen Provinz Kunar töteten Taliban zwei Studenten wegen des Vorwurfs der Spionage.

Nach Angaben der afghanischen Sicherheitskräfte hätten die Taliban in den letzten sechs Monaten rund 700 Angriffe in verschiedenen Teilen Afghanistans gestartet. 955 Zivilisten und 1.523 Polizisten seien bei Kämpfen mit Aufständischen umgekommen. 2.394 Zivilisten und 2.506 Polizisten hätten Verletzungen erlitten. Auf Seiten der Taliban seien 5.503 Kämpfer getötet und 2.370 verwundet worden.

Journalistin ermordet

Am 16.09.14 wurde in Mazar-e Sharif (Provinz Balkh, Nordafghanistan) eine Journalistin ermordet. Die Frau hatte für einen Radiosender gearbeitet, nachdem sie vier Jahre lang im Bundeswehrlager Camp Marmal tätig war. Sie hatte sich um eine Ausreisegenehmigung nach Deutschland bemüht, da sie bedroht worden sei.

Regierungsbildung

Nach monatelangem Streit haben sich nun die Kandidaten Abdullah Abdullah und Ashraf Ghani auf eine Regierungsbildung geeinigt. Wahlsieger Ashraf Ghani wird Präsident und aus dem Lager von Abdullah wird eine Art Premierminister ernannt, ein Amt, das die Verfassung bisher nicht vorsieht.

Pakistan

Muslimischer Professor nach Blasphemie-Vorwurf erschossen

Am 18.09.14 wurde der Leiter des Instituts für Islamwissenschaften an der Universität Karachi von Unbekannten erschossen. Zuvor hatten ihm andere Geistliche wegen seiner liberalen Ansichten Gotteslästerung vorgeworfen.

Vollstreckung der Todesstrafe ausgesetzt

Nach Protesten internationaler Menschenrechtsgruppen wurde die geplante erste Hinrichtung eines Zivilisten seit sechs Jahren ausgesetzt. Ein Gericht verschob die Vollstreckung der Strafe des im Jahr 1998 verurteilten Mörders um einen Monat.

Überschwemmungen

Die Regionen Punjab, Sindh, Gilgit-Baltistan und Kaschmir leiden unter den Überschwemmungen nach dem Monsun-Regen. Die Zahl der Todesopfer ist auf ca. 300 bis 400 gestiegen. Knapp 2,3 Millionen Menschen sollen von der Katastrophe betroffen sein. Bei Überschwemmungen vor vier Jahren waren in Pakistan mehr als 2.000 Menschen ums Leben gekommen. Damals waren mehr als 20 Millionen Menschen betroffen.

Irak

Entwicklung der Lage

Am 16.09.14 haben die kurdischen Peshmerga mit Unterstützung der US-Luftwaffe sieben überwiegend christliche Ortschaften westlich von Arbil (Erbil) von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zurückerobert. Laut Pressemeldung vom 16.09.14 haben die USA erstmals IS-Kämpfer südwestlich von Bagdad bombardiert.

Am 18.09.14 wurden bei einem Angriff auf ein Schiiten-Viertel in Bagdad mindestens 20 Menschen getötet und mehr als 50 weitere verletzt. Zu den Anschlägen bekannte sich zunächst niemand.

Türkische Geiseln freigelassen

Nach mehr als drei Monaten ließ der IS 49 Mitarbeiter des türkischen Generalkonsulats in Mossul und ihre Familienangehörigen wieder frei. Einzelheiten zu den Umständen der Freilassung sind noch nicht bekannt.

Keine Mehrheit für Ministerkandidaten

Die von Ministerpräsident Haidar al-Abadi vorgeschlagenen Kandidaten für die Ämter des Innen- und des Verteidigungsministers erhielten am 16.09.14 keine Mehrheit im irakischen Parlament. Die Parlamentssitzung wurde vertagt.

Iran

Bedingte Haftstrafen und Peitschenhiebe für Internetnutzer

Sieben junge Menschen sind zu bedingten Haftstrafen und Peitschenhieben verurteilt worden, weil sie im Mai ein Video auf die Online-Plattform YouTube hochgeladen hatten, das sie beim Tanzen zu Pharrell Williams' Hit „Happy“ zeigt. Wie die iranische Nachrichtenwebsite „Iranwire“ berichtet, sind sechs der sieben Teheraner Videokünstler zu sechs Monaten Haft und 91 Hieben verurteilt worden, der Regisseur zu einem Jahr Haft. Die verurteilten Internetnutzer müssen ihre Strafe antreten, falls sie in den nächsten drei Jahren noch einmal verhaftet werden, ansonsten verfällt sie.

Jemen

Friedensvertrag zwischen Regierung und al-Houthi-Rebellen

Anführer der schiitischen al-Houthi-Rebellen sowie führende Politiker Jemens haben nach Wochen blutiger Auseinandersetzungen in Sanaa einen Friedensvertrag unterzeichnet. Nach Berichten der offiziellen jemenitischen Nachrichtenagentur SABA vom 21.09.14 sei die Einigung in Anwesenheit des Präsidenten Abd Rabbo Mansour Hadi erfolgt. Nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrags soll in den nächsten Tagen eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden. Die Einigung war vom UN-Sondergesandten für den Jemen, Jamal Benomar, bereits am 20.09.14 vermittelt worden. Das unterzeichnete Friedensabkommen basiert auf einer komplexen Ausgangslage. Noch am 21.09.14 waren die al-Houthi-Rebellen weiter in die Hauptstadt Sanaa vorgerückt. Ungeachtet fortlaufender Verhandlungen über eine Waffenruhe hatten die Rebellen nach Angaben der Nachrichtenseite „Al-Masdar Online“ das Armee-Hauptquartier und einen Militärstützpunkt im Norden der Stadt gestürmt. Ihr seit 2004 bisher im Wesentlichen auf ihre Kernregion, die nördliche Provinz Saada, begrenzter Aufstand hat sich seit Juli 2014 zu einer Bewegung von nationaler Bedeutung entwickelt. Den Grund dafür schuf die beinahe bankrotte Regierung, indem sie die Benzinpreissubventionen strich.

Syrien

Massenflucht von Kurden aus Syrien in die Türkei

Nach Informationen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR flüchteten nach der Grenzöffnung am 19.09.14 ca. 100.000 Menschen aus Syrien vor den Kämpfen zwischen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) und kurdischen Einheiten in die Türkei. Darunter befinden sich hauptsächlich kurdische Frauen, Kinder und ältere Personen. Es wird in den kommenden Tagen mit ca. 100.000 weiteren Flüchtlingen gerechnet. Auslöser für die Flüchtlingsbewegung ist eine Offensive der IS gegen die Stadt Ain al-Arab (kurdischer Name Kobani) in der Nähe der Grenze zur Türkei. IS eroberte seit 18.09.14 rund 60 Dörfer rund um Ain al-Arab. Die türkische Regierung hat beschlossen, die Grenzen zu Syrien zu schließen. Schon am 21.09.14 wurde die Grenze zu Syrien zeitweise geschlossen, u.a. um türkische Kurden daran zu hindern, in Syrien gegen den IS zu kämpfen. Insgesamt sind seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien 2011 ca. 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien in die Türkei gekommen.

US-Kongress gestattet Bewaffnung syrischer Rebellen

Nach dem US-Abgeordnetenhaus erlaubte am 18.09.14 auch der Senat die Ausbildung und Bewaffnung moderater syrischer Rebellen zur Bekämpfung des „Islamischen Staates“. Die militärische Ausbildung von jährlich 5.000 oppositionellen Kräften soll in Saudi-Arabien stattfinden. Danach sollen zunächst kleinere Waffen, Fahrzeuge und einfache Ausrüstung geliefert werden, nach einer Bewährung der Rebellen im Kampf soll die Lieferung moderner Waffensysteme folgen. Die USA werden in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz von mehr als 40 Ländern unterstützt, darunter auch arabischen Staaten.

Türkei

Aufnahme zweier Muslimbrüder

Zwei führende Mitglieder der ägyptischen Muslimbruderschaft, Jamal Abdul Sattar und Amr Darrag, sollen Medienberichten vom 21.09.14 zufolge in die Türkei ausgereist sein. Der türkische Präsident Erdogan gab bekannt, die Türkei werde den Muslimbrüdern Asyl gewähren, solange es keine Hinderungsgründe gäbe. Die beiden Ägypter sind, neben fünf weiteren ägyptischen Muslimbrüdern in Führungspositionen, nach Katar ausgereist, um einem Gefängnisaufenthalt zu entgehen.

Ägypten

Sechs Polizisten bei Anschlag getötet

Bei einem Bombenanschlag auf eine Patrouille der Sicherheitskräfte im Norden der Halbinsel Sinai zwischen der Provinzhauptstadt al-Arisch und dem Grenzort Rafah kamen am 16.09.14 sechs Polizisten ums Leben, zwei weitere wurden verletzt. Auf der Sinai-Halbinsel ist die Extremistengruppe Ansar Beit al-Makdis („Unterstützer Jerusalems“) aktiv. Sie soll Verbindungen zum IS haben.

Mutmaßlicher Terroranschlag in Kairo

Am 20.09.14 kamen bei einer Explosion nahe dem Außenministerium mindestens zwei Personen ums Leben. Einer der Toten soll Polizist gewesen sein.

Südsudan

Kämpfe in Upper Nile

Nach Angaben aus Regierungskreisen sollen am 18.09.14 Rebellen der SPLA-IO (Sudan People's Army in Opposition) um den ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar Regierungseinheiten im Nordosten des Distrikts Renk im Staat Upper Nile angegriffen haben. Nach anfänglichen Erfolgen seien sie jedoch von den Regierungskräften zum Rückzug in Richtung der sudanesischen Grenze gezwungen worden. Ein Sprecher der SPLA-IO beschuldigte die Regierung, die Kämpfe begonnen und den Waffenstillstand gebrochen zu haben.

Nahe der gleichnamigen Hauptstadt des Distrikts Renk liegen mehrere Ölfelder. In Upper Nile werden ca. 80 % des südsudanesischen Erdöls gefördert.

Nigeria

Schwere Foltervorwürfe

Laut einem von Amnesty International (ai) am 18.09.14 veröffentlichten Bericht „Willkommen im Feuer der Hölle“ gehören Folter und grobe Misshandlungen für nigerianische Polizisten und Soldaten landesweit zur Routine bei strafrechtlichen Ermittlungen. Viele Polizeiabteilungen einschließlich der Sonderpolizei zur Bekämpfung von Raubüberfällen und die Kriminalpolizei hätten inoffizielle „Folterbeauftragte“ und „Folterkammern“. In Nordostnigeria seien seit 2009 geschätzte 5.000 bis 10.000 Menschen im Rahmen der Bekämpfung der Terrorgruppe Boko Haram verhaftet worden. Eine große Zahl dieser Gefangenen, denen Verbindungen zur Boko Haram vorgeworfen werden, scheinen von Folter oder anderen Misshandlungen betroffen zu sein. Vor allem die weitgehende Straflosigkeit der Täter begünstige die Anwendung von Folter. In den weit überwiegenden Fällen, in denen Foltervorwürfe geltend gemacht werden, würden keinerlei Untersuchungen seitens der Behörden eingeleitet.

Zwölf Soldaten wegen Meuterei zum Tode verurteilt

Am 16.09.14 verurteilte ein Militärgericht in Abuja elf von 18 angeklagten Soldaten wegen Verschwörung zur Meuterei, Meuterei und Mordversuchs sowie einen Soldaten wegen Mordversuchs und Ungehorsams zum Tode durch ein Erschießungskommando. Ein Soldat erhielt eine Haftstrafe; fünf Soldaten wurden freigesprochen. Den zum Tode verurteilten Soldaten wurde zum Vorwurf gemacht, Mitte Mai 2014 in der Maimalari-Kaserne in Maiduguri, der Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno, auf das schussichere Fahrzeug des Kommandeurs der für die Bekämpfung der Boko Haram zuständigen 7. Armeedivision, Generalmajor A. Mohammed, geschossen zu haben. Die Soldaten, die vor ihrer Rückkehr nach Maiduguri in einen Hinterhalt der Terrororganisation Boko Haram geraten waren, hatten den Kommandeur für den Tod von über zehn Kameraden verantwortlich gemacht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

15 Tote bei Angriff der Boko Haram auf Hochschule

Am 17.09.14 gegen 14 Uhr attackierten mindestens drei mutmaßliche Angehörige der Boko Haram die Pädagogische Hochschule („Federal Education College“) in Kano, Hauptstadt des gleichnamigen nördlichen Bundesstaates. In zwei Hörsälen sprengte sich jeweils ein Selbstmordattentäter in die Luft, nachdem die Angreifer auf die dort Anwesenden geschossen hatten. Ein dritter Attentäter wurde von der Polizei erschossen. Insgesamt sollen bei dem Vorfall etwa 15 Personen getötet worden sein.

Erneuter Angriff der Boko Haram auf Konduga abgewehrt

Nachdem die Armee bereits am 12.09.14 einen Angriff der Boko Haram auf die nur rund 40 km südöstlich von Bornos Hauptstadt Maiduguri gelegene Stadt Konduga abgewehrt und über 100 Terroristen getötet hatte, attackierten mehrere Hundert Kämpfer der Boko Haram in der Nacht vom 16. zum 17.09.14 erneut Konduga. Die Armee wehrte den Angriff ab und soll laut Armeeangaben über 100 Terroristen getötet haben. Weitere 60 Boko-Haram-Kämpfer sollen bei Gefechten am Abend des 17.09.14 getötet worden sein, als die Terroristen versucht hätten, die Leichen ihrer von Soldaten getöteten Kommandeure aus Konduga zu holen.

Weitere Angriffe der Boko Haram

Am 19.09.14 gegen 13:30 Uhr griffen Kämpfer der Boko Haram den Markt des Dorfes Mainok (Bundesstaat Borno, Kaga Local Government Area - LGA) an und töteten mindestens 20 Zivilisten. Als die Angreifer wieder auf dem Weg zu ihrer Basis in der Stadt Damboa waren, wurden sie von Soldaten gestellt. Rund 50 Terroristen sollen getötet worden sein.

Am Morgen des 17.09.14 soll von Soldaten ein Angriff der Boko Haram auf das Dorf Ngamdu (Bundesstaat Borno, Kaga LGA) abgewehrt worden sein, wobei laut der Zeitung Premium Times etwa 150 Terroristen getötet wurden.

Westafrika

Uno-Sicherheitsrat stuft Ebola als Bedrohung für den Weltfrieden ein

In einer Sondersitzung am 18.09.14 erklärte der Uno-Sicherheitsrat die Ebola-Epidemie mit bisher 2.630 Toten zur „Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ und verabschiedete eine Resolution zur Entsendung der Sondermission UNMEER (United Nations Mission for Ebola Emergency Response). In Sierra Leone hat die Regierung für die Zeit vom 19. bis 21.09.14 eine Ausgangssperre verhängt, um gezielt nach möglichen verborgenen Ebola-Patienten zu suchen. Im guineischen Wome wurden indes sieben Mitarbeiter einer Ebola-Aufklärungskampagne von aufgebrachten Dorfbewohnern attackiert und getötet. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) befürchtet eine Ausbreitung der Ebola-Epidemie im Südosten Nigerias. Wie die Organisation mitteilte, wurden in der Hafenstadt Port Harcourt im Südosten des Landes drei Fälle bestätigt.

Mali

Fünf Blauhelmsoldaten im Norden Malis getötet

Am 18.09.14 fuhr ein Fahrzeug der UNO-Mission MINUSMA im Norden Malis auf eine Landmine. Dabei wurden fünf Blauhelmsoldaten aus dem Tschad getötet und drei weitere verletzt. Seit Anfang September wurden bereits zehn Soldaten aus dem Tschad im Zuge der MINUSMA im Norden Malis getötet.

Fortsetzung der Friedensgespräche

Die am 16.07.14 in Algier begonnenen Friedensverhandlungen zwischen der malischen Regierung und sechs Rebellen Gruppen wurden am 24.07.14 mit der Unterzeichnung eines Dokuments zur „Beendigung aller Feindseligkeiten“ vorläufig abgeschlossen. Seit 01.09.14 werden die Friedensverhandlungen fortgeführt. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Guinea-Bissau

Armeechef entlassen

Per Dekret vom 15.09.14 entließ Präsident José Mário Vaz den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Antonio Indjai. Über die Hintergründe wurde zunächst nichts bekannt. Beobachter vermuten, der Präsident habe den Schritt auf den Druck hin unternommen, das Militär zu reformieren. Es soll verantwortlich sein für die Rolle des Landes als bedeutender internationaler Drogenumschlagplatz. In den USA wurde General Indjai 2013 wegen Kokainhandels und Waffenverkäufen an kolumbianische Rebellen angeklagt. Dort sind auch weitere hochrangige guinea-bissauische Militärs wegen Drogenhandels angeklagt.

Indjai wurde nach einer Meuterei im Jahr 2010 Oberbefehlshaber des Militärs; im Jahr 2012 leitete er einen Militärputsch. Danach amtierte eine zivile Übergangsregierung bis zu den Präsidentenwahlen vom April und Mai 2014, die José Mário Vaz gewann.

Am 17.09.14 wurde General Biague Na Ntan zum Nachfolger Indjais ernannt. Wie Letzterer gehört er der ethnischen Gruppe der Balanta an, die etwa 60 Prozent der Militärangehörigen und ein Viertel der rund 1,6 Millionen Einwohner des Landes stellt.

Kenia

Terrorverdächtige abgeschoben

Die beiden der Mitgliedschaft in der al-Shabaab verdächtigen und im August 2014 festgenommenen deutschen Staatsangehörigen (vgl. BN v. 15.09.14) wurden am 20.09.14 nach Deutschland abgeschoben, wo sie in Untersuchungshaft kamen. Einer der beiden besitzt auch die tunesische Staatsangehörigkeit.

Uganda

Ministerpräsident entlassen

Medienberichten vom 19.09.14 zufolge entließ Präsident Yoweri Museveni tags zuvor den Ministerpräsidenten Amama Mbabazi. Dessen Nachfolger wurde der bisherige Gesundheitsminister Ruhakana Rugunda. Zuvor soll es zu einem Machtkampf zwischen Museveni und Mbabazi gekommen sein, die beide der Partei National Resistance Movement (NRM) angehören. Es wurde spekuliert, Mbabazi wolle in den 2016 anstehenden Präsidentenwahlen gegen Museveni kandidieren. Letzterer amtiert bereits seit 1986.

Serbien/Bosnien und Herzegowina/ EJR Mazedonien

Bundesrat stimmt Einstufung als sichere Herkunftsstaaten zu

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 19.09.14 dem Gesetz zur Einstufung Serbiens, Bosnien und Herzegowinas und der EJR Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten zugestimmt. Eine Mehrheit war bis zuletzt unsicher, weil mindestens ein von Grünen oder Linken mitregiertes Land dafür stimmen musste, obwohl die Bundesparteien die Regelung ablehnen. Nach Verhandlungen mit der Bundesregierung hatte Baden-Württemberg für das Gesetz gestimmt. Das Gesetz tritt nach Verkündung in Kraft.

Die genannten Staaten werden nun als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes und nach § 29a des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) eingestuft. Das heißt, es besteht die gesetzliche Vermutung, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Diese Vermutung besteht, solange ein Antragsteller nicht glaubhaft Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, dass er entgegen dieser Vermutung doch politisch verfolgt wird.

China

Xinjiang: Tote und Verletzte bei Explosionen

Mindestens zwei Menschen starben und zahlreiche weitere wurden verletzt, als sich am 21.09.14 an mindestens drei verschiedenen Orten im Kreis Luntai Explosionen ereigneten. Hintergründe wurden zunächst nicht bekannt.

Xinjiang: Prozessauftritt gegen prominenten Regierungskritiker

Am 17. und 18.09.14 fand vor dem Mittleren Volksgericht in Ürümqi der Prozess gegen den bekannten uigurischen Aktivist Ilham Tohti statt. Dem am 15.01.14 festgenommenen Wirtschaftsprofessor (vgl. BN v. 20.01.14) werden Separatismus und Anstachelung zum Völkerhass vorgeworfen. Die angereisten Vertreter von neun westlichen Botschaften durften dem Prozess nicht als Beobachter beiwohnen. Ilham Tohti gilt als friedlicher Werber um bessere Beziehungen zwischen Uiguren und dem Zentralstaat. Ihm droht eine langjährige Haftstrafe. Das Urteil wird in naher Zukunft erwartet.

Tibet: Hohe Haftstrafe für antichinesischen Protest

Wie Radio Free Asia am 17.09.14 meldete, verurteilte ein Gericht in Chamdo (chin.: Changdu) Anfang September einen buddhistischen Mönch zu zehn Jahren Haft. Er hatte im Juli 2013 offizielle Feiern der Kommunistischen Partei mit Rufen u.a. für die Unabhängigkeit Tibets gestört.

Tibet: Selbstverbrennung

Im ersten seit April 2014 bekannt gewordenen Fall einer Selbstverbrennung starb am 17.09.14 ein tibetischer Student im Kreis Tsoe (chin.: Hezuo) in der Tibetischen Autonomen Präfektur Kanlho (Gannan) in der Provinz Gansu. Damit erhöht sich die Zahl derartiger Vorfälle seit 2009 auf 132.

Hongkong: Studentenstreik

Am 22.09.14 begannen tausende Studenten, unterstützt von mehreren hundert Universitätsmitarbeitern, einen einwöchigen Streik in mehr als einem Dutzend Hochschulen. Damit sowie mit Demonstrationen und weite-

ren Veranstaltungen protestieren sie gegen die Weigerung der Zentralregierung, eine freie Nominierung der Kandidaten für die Wahl des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017 zuzulassen.